

9. Öffentliche Ordnung, Ausländerangelegenheiten, Feuerwehr, Recht

9.1. Öffentliche Ordnung, Ausländerrecht

Das Referat 22 zählt mit seinem umfangreichen hoheitlichen Aufgabenbereich zu den größeren Organisationseinheiten der Stadtverwaltung. Bei den Aufgaben, die sich aus dem Ordnungsrecht ergeben, wirkt sich die zunehmende Aufgabenübertragung von Bund und Land auf die Kommunen besonders stark aus.

37 Fälle von häuslicher Gewalt bzw. Drohung mit Gewalt in Familien und Lebensgemeinschaften bzw. **Nachstellung (Stalking)** wurden im Jahr 2015 vom Referat Öffentliche Ordnung bearbeitet. Hierbei wurden vier schriftliche Platzverweise mit Aufenthaltsverbot verfügt.

In Fällen, in denen Kinder/Jugendliche durch die Streitigkeiten betroffen waren, wurde intensiv mit dem Kreisjugendamt zusammengearbeitet. In den meisten Fällen wurden die Streitigkeiten innerfamiliär beigelegt.

In Zusammenarbeit mit örtlichen Bestattungsunternehmen ordnete das Referat Öffentliche Ordnung fünf **Bestattungen für Sterbefälle ohne Angehörige** an. Hier handelt es sich um Personen, bei denen Angehörige als sog. Bestattungspflichtige (in der Regel Ehegatten, Kinder, Eltern) nicht vorhanden waren bzw. eine Bestattung aus finanziellen Gründen nicht beauftragen konnten. Diese Problemstellung wird uns in der älter und anonymen werdenden Gesellschaft zunehmend begegnen. Das Ordnungsamt als zuständige Behörde sorgt in diesen Fällen für eine angemessene und würdevolle Bestattung. Wenn möglich, werden aus einem möglichen Nachlass finanzielle Mittel generiert, um die Kosten für die Bestattung zu ersetzen. Man wird in Zukunft mit einem erhöhten Aufwand in diesem Bereich rechnen müssen.

Als zuständige Verwaltungsbehörde in Sachen des Bestattungsgesetzes stellte das Referat Öffentliche Ordnung bisher auch sog. **Unbedenklichkeitsbescheinigungen (UB)** für Sterbefälle aus. Diese waren nach dem Bestattungsgesetz notwendig, wenn eine Feuerbestattung erfolgte. Dieses Verfahren erlaubt dem Bestattungsunternehmen erst, die verstorbene Person zu einem Krematorium zu befördern und die Einäscherung zu veranlassen. Mit einer Änderung des Bestattungsgesetzes fiel diese Notwendigkeit und damit auch Zuständigkeit für fast alle Städte und Gemeinden weg. Seit 1. Januar 2015 wird die notwendige Unbedenklichkeitsbescheinigung von dem Ordnungsamt ausgestellt, auf dessen Gebiet das Krematorium seinen Sitz hat.

Als untere Verwaltungsbehörde ist die Stadt Wertheim auch **Unterbringungsbehörde** nach dem Unterbringungsgesetz Baden-Württemberg. In **60 Fällen** im Zusammenhang mit **psychischen Erkrankungen** tätigte sie Ermittlungen zum Teil in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt des Main-Tauber-Kreises. In einzelnen Fällen mussten freiheitsbeschränkende Maßnahmen nach dem Unterbringungsgesetz gegen die Personen getroffen werden. In einem Fall musste eine Person auf Dauer gegen ihren Willen mittels Gerichtsbeschluss untergebracht werden.

Zur Durchsetzung der **Schulpflicht nach dem Schulgesetz** mussten **23 Fälle** bearbeitet werden. Hierbei wurde mit den Eltern in Verbindung getreten. Außerdem wurden 11 Verwarnungs- bzw. Bußgelder verhängt, bzw. die Bußgelder in Sozialstunden umgewandelt.

20 Fälle im Zusammenhang mit Hunden wurden durch die Behörde bearbeitet. Zum größten Teil waren hierbei Verstöße gegen die innerörtliche Leinenpflicht zu bearbeiten. Weiterhin waren Ermittlungen aufgrund von Beißvorfällen sowie aufgrund von nicht beseitigtem Hundekot zu tätigen. Insgesamt wurden fünf Verwarnungsgelder bzw. Bußgeldbescheide mit zum Teil empfindlichen Geldbußen verfügt.

14 Fälle von nicht ordnungsgemäßer **Abfallentsorgung** wurden bearbeitet. Hierbei wurden 13 Verursacher ermittelt. Es wurden 7 Bußgelder bzw. Verwarnungen verhängt. Die Entsorgung von Müll jeglicher Art im öffentlichen Raum ist leider eine Dauererscheinung unserer Gesellschaft. Obwohl die Müllgebühren sehr erschwinglich sind, werden Abfälle vorwiegend in öffentliche Mülleimer oder einfach in der Landschaft entsorgt. Durch Veröffentlichung von Anzeigen mit Bildern in der Presse und auf der Homepage der Stadt Wertheim sollen die Verursacher ermittelt werden.

Im Jahr 2014 wurde in Wertheim als Pilotprojekt im Landkreis erstmals der **Sperrmüll auf Abruf** eingeführt. Ziel war die Eindämmung des „Mülltourismus“ mit seinen negativen Begleiterscheinungen zu den Abfuhrterminen. Zuständig für Abfallentsorgung ist das Landratsamt. Das Ordnungsamt fungiert als Schnittstelle und unterstützt bei Beanstandungen und Nachfragen die Bürgerschaft. Nach schriftlicher Voranmeldung beim Abfallwirtschaftsbetrieb Main-Tauber-Kreis (AWMT) werden die bereitgestellten Gegenstände zu einem fixierten Termin abgeholt. Diese Vorgehensweise hat sich auch 2015 in konstruktiver Zusammenarbeit mit dem AWMT eingespielt und bestens gewährt, so dass der Kreistag die Einführung für den gesamten Main-Tauber-Kreis ab 2016 beschlossen hat.

12 Fälle von **Lärm**beschwerden nach dem **Bundesimmissionsschutzgesetz** wurden ermittelt und mit 10 Bußgeldbescheiden geahndet.

Durch die zunehmende Anzahl von illegal entsorgten **Schrottfahrzeugen** auf öffentlicher Verkehrsfläche musste die Behörde in **drei Fällen** ermitteln.

Für die Gesamtorganisation des Bauernmarktes war das Referat Öffentliche Ordnung, verantwortlich. Der elfte Bauernmarkt mit verkaufsoffenem Sonntag war wieder ein voller Erfolg und lockte viele Besucher in die Altstadt. Rund 60 Verkaufsstände präsentierten ein vielfältiges Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Kunsthandwerk. Programmpunkte waren der Auftritt der Parforce-Hornbläser der Kreisjägersvereinigung, die Flugvorführung der Umweltstation Sennfeld und der Burgalm-Abtrieb der Wertheimer Burgziegen.

Nach dem Nichtraucherschutzgesetz wurde die Ordnungsbehörde in zwei Fällen tätig. Hierbei verhängte sie in beiden Fällen Verwarnungsgelder.

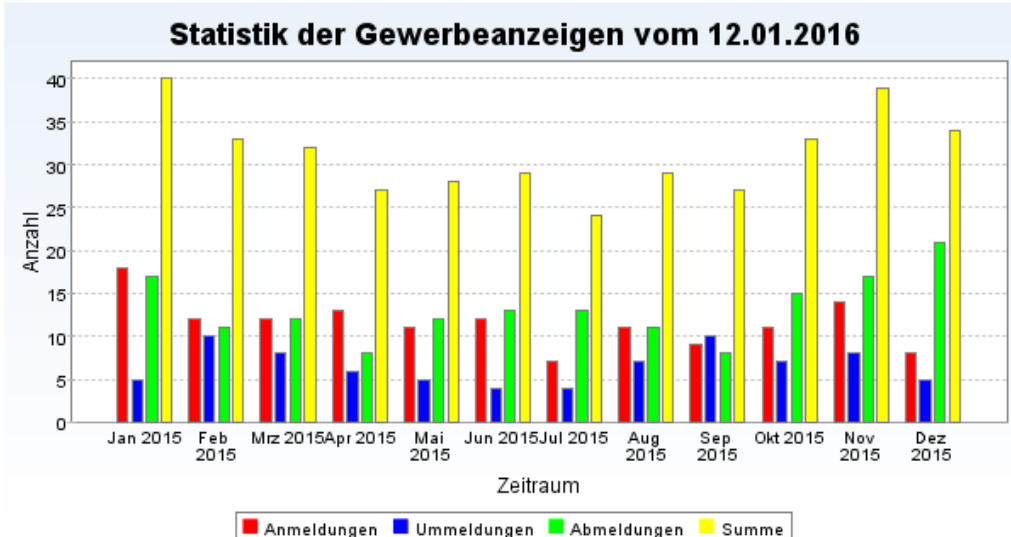
9.1.1. Bußgeld- und Ortpolizeibehörde

| <u>Gesamtübersicht</u> | 2013 | 2014 | 2015 |
|---|--------------|--------------|--------------|
| Bearbeitete Ordnungswidrigkeitenanzeigen | 9.998 | 8.529 | 8.080 |
| Verfallverfahren (Vermögensabschöpfung) | 1 | 1 | - |
| Bußgeldbescheide | 1.378 | 1.317 | 1.148 |
| Kostenbescheide | 289 | 280 | 266 |
| eingestellte Verwarnungen | 196 | 191 | 235 |
| eingestellte Bußgeldverfahren | 25 | 3 | 5 |
| Bußgeld-/Verwarnungsgeldaufkommen | 269.893 | 251.385 | 236.173 |
| Verfallverfahren | 65.000 | 999 | |
| Gemeindevollzugsdienst | 2013 | 2014 | 2015 |
| Halt- und Parkverstöße | 4.242 | 4.674 | 4.431 |
| Geschwindigkeitsüberschreitungen | 3.765 | 2.018 | 1.990 |
| sonstige Ordnungswidrigkeiten | 78 | 41 | 73 |
| | 8.085 | 6.733 | 6.494 |
| Polizeirevier und Verkehrskommissariat | 2013 | 2014 | 2015 |
| Halt- u. Parkverstöße | 561 | 457 | 441 |
| Unfälle | 365 | 321 | 325 |
| sonstige Fahrverstöße | 597 | 538 | 487 |
| Geschwindigkeitsüberschreitungen | 342 | 420 | 307 |
| sonstige Ordnungswidrigkeiten | 48 | 60 | 26 |
| | 1.913 | 1.796 | 1.586 |

Aus den insgesamt bearbeiteten 3.109 Anzeigen wegen Fahrverstößen wurden 57 **Fahrverbote** (45 in 2014) ausgesprochen.

9.1.2. Gewerbeabteilung

Zeitraum von: 01.01.2015
 Zeitraum bis: 31.12.2015
 Hinweis: Der Auswahlzeitraum bezieht sich auf das Anzeigedatum.



| | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|------|------|------|
| Gewerbean-, -ab- und -ummeldungen | 655 | 452 | 375 |
| Verfahren zur Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb von Schank- und Speisewirtschaften | 9 | 9 | 10 |
| Verfahren zur Erteilung einer Reisegewerbekarte | 1 | 1 | 3 |
| Gestattungen (Tageskonzessionen) | 207 | 202 | 221 |
| Gewerbeuntersagungen | 1 | 3 | 5 |

Zum Stichtag 31. Dezember 2015 waren insgesamt 2.308 Gewerbebetriebe angemeldet. 412 Auskünfte zu Gewerbebetrieben wurden erteilt.

9.1.3. Verkehrsbehörde

Die Verkehrsbehörde ist als Untere Verwaltungsbehörde für die Durchführung der Straßenverkehrsordnung im Bereich der Großen Kreisstadt Wertheim zuständig. Im Interesse der Verkehrssicherheit ordnet sie u.a. Verkehrszeichen an und erlässt verkehrsrechtliche Anordnungen zur Absicherung von Arbeitsstellen im Straßenverkehr sowie bei Veranstaltungen. In Einzelfällen erteilt sie Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse von den Vorschriften der StVO.

Die Straßenverkehrsbehörde führt auch das Genehmigungs- und Anhörungsverfahren für Großraum- und Schwertransporte durch. Nach den Bestimmungen des Straßengesetzes Baden-Württemberg erteilt sie Sondernutzungserlaubnisse für die Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraumes, z.B. für Veranstaltungen, Freiflächenbewirtschaftung, Warenauslagen, etc.

9.1.3.1. Fallzahlen

| | 2013 | 2014 | 2015 |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Anordnungen (Absicherung Baustellen/Veranstaltungen) | 299 | 307 | 337 |
| Verlängerungen von verkehrsrechtlichen Anordnungen | 35 | 22 | 49 |
| Anordnungen zur allgemeinen Verkehrsregelung | 23 | 21 | 19 |
| Ausnahmegenehmigungen von der StVO | 525 | 519 | 381 |
| Verfahren zur Durchführung von Schwertransporten | 689 | 633 | 728 |
| Verkehrsbehördliche Stellungnahmen zu Baugesuchen, Baumaßnahmen und sonstigen Verkehrsangelegenheiten | 177 | 183 | 210 |
| Sondernutzungserlaubnisse nach dem Straßengesetz | 147 | 144 | 142 |
| Plakatiergenehmigungen | 66 | 49 | 48 |

Der Regionaltag am 7. Juni erforderte bereits im Vorfeld genaue Planungen hinsichtlich Verkehrsführung und Parkregelung, die in enger Zusammenarbeit mit dem Veranstalter erarbeitet wurden. Die Sperrung der Rechten Tauberstraße während der Veranstaltung mit den dazugehörigen Umleitungen und Parkregelungen wurde in einer umfangreichen verkehrsrechtlichen Anordnung umgesetzt.

Durch den sechsstreifigen Ausbau der BAB A 3 ist auch das sog. nachgeordnete Netz der Landes- und Kreisstraßen hinsichtlich Brückenverbreiterungen und sonstigen Vorbereitungsmaßnahmen stark betroffen.

So mussten immer wieder relativ kurzfristige Vollsperrungen von Landes- und Kreisstraßen angeordnet werden, damit die erforderlichen Arbeiten termingerecht ausgeführt werden konnten. Rund 30 verkehrsrechtliche Anordnungen wurden in diesem Zusammenhang erlassen.

Auch der 2016 anstehende Abriss und Neubau der Tauberbrücke in Wertheim machte eine Reihe von baulichen Vorbereitungsarbeiten notwendig, die entsprechende Verkehrsregelungen erforderten. Genannt sei hier nur die nahezu dreiwöchige halbseitige Sperrung der Lindenstraße mit gleichzeitiger Vollsperrung der Tauberbrücke in den Sommerferien.

Damit der 8. „Autofreie Sonntag“ am 2. August auf der Taubertal- und Maintalstrecke wieder reibungslos und vor allen Dingen unfallfrei für die zahlreichen Radfahrer und Skater ablaufen konnte, mussten zahlreiche Verkehrsregelungen und der dazugehörige Helfereinsatz geplant und koordiniert werden. Bei der Streckensicherung waren rund 70 Helfer eingesetzt. Über die Hälfte der autofreien Strecke (rund 27 km) lief über die Gemarkung der Großen Kreisstadt Wertheim. Mit geschätzten 30.000 Teilnehmern konnte man eine bisherige Rekordbeteiligung an der Veranstaltung verzeichnen.

Zwei Verkehrsschauen (Wartberg und Reinhardshof), die Tagung der Verkehrsunfallkommission in Wertheim sowie die Teilnahme am bundesweiten „Blitzmarathon“ mit der eigenen Geschwindigkeitsmessanlage waren weitere Schwerpunkte der verkehrsbehördlichen Arbeit.

9.1.3.2. Erstattung von Schülerbeförderungskosten nach dem städt. Familienpass

Die Verkehrsbehörde erstattet die Beförderungskosten von Schüler/innen, berechnet die prozentuale Erstattung der Eigenanteile aufgrund des Familienpasses der Stadt Wertheim und rechnet die Schülerbeförderungskosten mit dem Landratsamt Main-Tauber-Kreis ab.

Nach Ablauf des Schuljahres 2014/2015 wurden 37 Anträge (2013/2014: 38) auf Erstattung von 20 Prozent der Eigenanteile an den Schülerbeförderungskosten aufgrund des Familienpasses der Stadt Wertheim gestellt. Es wurde ein Gesamtbetrag in Höhe von 3.929,27 Euro (2013/2014: 4.191,56 Euro) ausgezahlt.

9.1.4. Abfallrecht

9.1.4.1. Aktion „Saubere Landschaft“

Seit 1978 findet alle zwei Jahre eine Aktion statt, bei der die Landschaft von Müll und Unrat gesäubert wird. Die letzte Aktion im Stadtgebiet und in den Ortschaften wurde am 22. Februar 2014 mit rund 650 freiwilligen Helferinnen und Helfern zum 19. Mal durchgeführt.

Wertheimer Firmen, der Bauhof und die Stadtwerke Wertheim unterstützten die Aktion wieder und transportierten ca. 3,5 Tonnen Müll zur Mülldeponie „Heegwald“ nach Dörlesberg.

Die nächste Aktion „Saubere Landschaft“ findet am 12.3.2016 statt.

9.1.4.2. Auf den Erddeponien angelieferte Abfallmengen

| Abfallart | Abfallmengen in m ³ | | | | | | | | |
|---------------------|--------------------------------|------|------|--------|-------|-------|--------|-------|--------|
| | Kembach | | | Nassig | | | Gesamt | | |
| | 2013 | 2014 | 2015 | 2013 | 2014 | 2015 | 2013 | 2014 | 2015 |
| Erdaushub steinfrei | - | - | - | 2.981 | 3.414 | 5.113 | 2.981 | 3.414 | 5.113 |
| Baugrubenaushub | - | - | - | 62 | 167 | - | 62 | 167 | - |
| Bauabbruch | 19 | 16,3 | 5,4 | - | - | 114 | 19 | 16,3 | 119,4 |
| Straßenaufbruch | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Insgesamt | 19 | 16,3 | 5,4 | 3.043 | 3.581 | 5.227 | 3.062 | 3.597 | 5232,4 |

9.1.5. Ausländerbehörde

Die Ausländerbehörde ist als Untere Staatliche Ausländerbehörde eigenverantwortlich für alle Aufgaben nach dem Aufenthaltsgesetz, dem Freizügigkeitsgesetz/EU nebst Schengener Durchführungsübereinkommen sowie dem Asylverfahrensgesetz zuständig.

Dazu zählen unter anderem die Prüfung, Erteilung, Verlängerung bzw. Ablehnung von Aufenthalts-/Niederlassungserlaubnissen für folgende Zwecke:

- Ausbildung (Studium)
- Erwerbstätigkeit
- Familie
- Völkerrechtliche, humanitäre und politische Gründe
- Härtefälle

Bei fehlenden Voraussetzungen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis stellt die Ausländerbehörde die Ausreisepflicht (Ausweisungsverfügungen/Beteiligung bei Abschiebungen) fest und führt diese gegebenenfalls durch. In der Regel kommt es bei ablehnenden Entscheidungen zu Widersprüchen und Klageverfahren, die ebenfalls durch die Ausländerbehörde bearbeitet werden.

Einen großen Anteil nehmen auch die Beteiligung an Visaverfahren (Anhörung, Zustimmung, Ablehnung) sowie die Verpflichtungserklärungen (Haftung für Lebensunterhalt) ein. Aber auch mit dem Thema Integration befasst sich die Ausländerbehörde. So stellt sie die Verpflichtung bzw. Berechtigung zur Teilnahme an Integrationskursen aus. Daneben ist die Ausländerbehörde verantwortlich für die Ausstellung von Reiseausweisen für Flüchtlinge, Ausländer bzw. Staatenlose.

Die Beteiligung und Zusammenarbeit mit verschiedenen Behörden (Polizei, Regierungspräsidien, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Landeskriminalamt, Landesamt für Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft, Justizbehörden, etc.) ist vielfältig.

Diese Aufgaben können nur unter umfassender Sachkenntnis zahlreicher Gesetze, Verordnungen, Erlasse und der Rechtsprechung durchgeführt werden.

9.1.5.1. Ausländische Staatsangehörige

In der Großen Kreisstadt Wertheim hielten sich zum

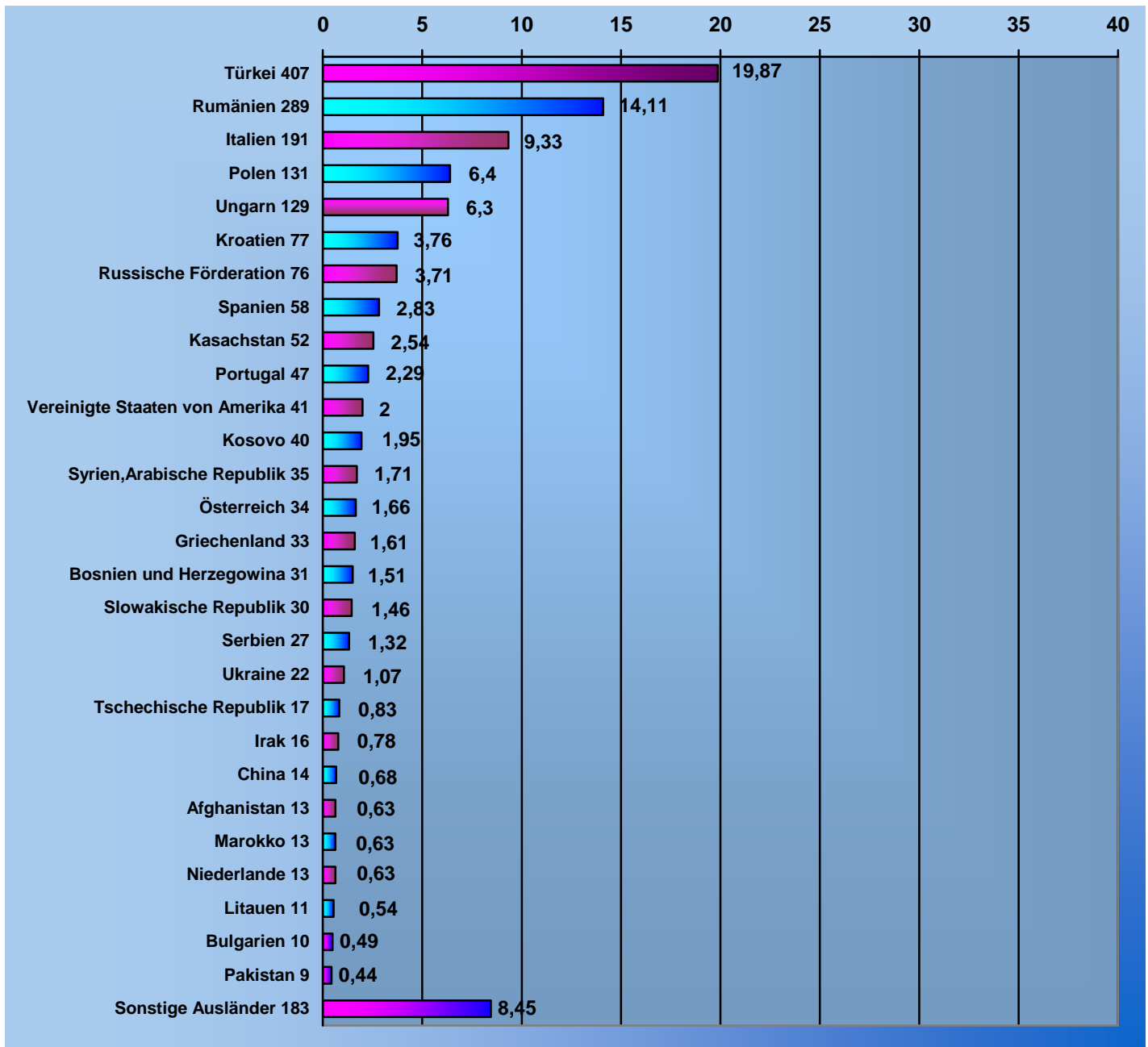
| | |
|----------------------------|-------|
| Stichtag 31. Dezember 2011 | 1.390 |
| Stichtag 31. Dezember 2012 | 1.447 |
| Stichtag 31. Dezember 2013 | 1.538 |
| Stichtag 31. Dezember 2014 | 1.698 |
| Stichtag 31. Dezember 2015 | 2.048 |

Ausländer/innen aus 81 Staaten auf.

Das entspricht in 2015 einem Anteil von 8,66 Prozent der Einwohner der Großen Kreisstadt Wertheim ohne die Flüchtlinge in der EA.

Mit den Flüchtlingen in der EA entspricht dies in 2015 einem Anteil von ca. 12 Prozent der Einwohner der Großen Kreisstadt Wertheim

Aufgliederung der Ausländer/innen in Prozent



9.1.5.2. Asylbewerber und Erstaufnahmeeinrichtung des Landes

Bis 2013 gab es kreisweit nur in Bad Mergentheim eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber. 2014 gab es deshalb keine Asylbewerber in Wertheim. Zuständig für die Unterbringung von Asylbewerbern ist der Main-Tauber-Kreis. Aufgrund des Anstiegs der Asylbewerberzahlen wurde 2013 durch den Landkreis eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Kilsheim eingerichtet. Weitere Einrichtungen folgten 2014 in Tauberbischofsheim, Lauda und Bad Mergentheim.

Die rasante Zunahme von Flüchtlingen ab Mitte 2015 hatte auch für Wertheim unmittelbare Auswirkungen. Mit der Einrichtung einer Erstaufnahmestelle des Landes für Flüchtlinge auf dem Areal der ehemaligen Akademie der Polizei im Stadtteil Reinhardshof am 13. September hat das Land Baden-Württemberg respektive das Regierungspräsidium Stuttgart unvermittelt Fakten geschaffen. Mit einer nominellen Belegungszahl von bis zu 1.000 Flüchtlingen hat sich im weiteren Verlauf eine Einrichtung zur Erstaufnahme entwickelt, die zunächst nur mit Hilfe des Ehrenamtes in Betrieb gehen konnte. Zum Jahresende nahmen die verschiedenen notwendigen Akteure parallel zum Träger RP Stuttgart sukzessive ihren Dienst auf. Dies sind Caritas und Diakonie, European Homecare (EHC), Sicherheitsdienst und weiterhin das Ehrenamt.

Die Einrichtung dieser Erstaufnahmestelle bedeutet gleichzeitig, dass Wertheim aus der zweiten Stufe, der sog. „vorläufigen Unterbringung“ für den Landkreis, ausgenommen ist.

Seit 1998 müssen die Kommunen im Wege der so genannten „Anschlussunterbringung“ nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz die ihnen zugeteilten Personen unterbringen. Die Stadt Wertheim brachte 2015 im Rahmen der Anschlussunterbringung 23 Personen unter. Diese Unterbringung erfolgt nach einer Zuweisung von Flüchtlingen aus der Unterbringung durch den Main-Tauber-Kreis. Als logische Folge aus den anwachsenden Flüchtlingszahlen wird auf die Stadt Wertheim 2016 eine erhöhte Zahl von notwendigen Unterbringungen zukommen. Nach vorläufigen Prognosen des Kreises sind bis zu 90 Personen unterzubringen.

Anschlussunterbringung durch die Stadt Wertheim:

| | |
|------|-------------|
| 2014 | 3 Personen |
| 2015 | 23 Personen |

9.1.5.3 Einführung elektronischer Aufenthaltstitel (eAT)

Zum 1. September 2011 wurde bundesweit der elektronische Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige eingeführt. Zu dieser Einführung wurden alle EU-Mitgliedstaaten auf Grundlage einer EU-Verordnung verpflichtet. Ziel ist es, die Aufenthaltstitel der Europäischen Union zu vereinheitlichen sowie die Bindung zwischen Dokumenteninhaber und Dokument durch die Nutzung biometrischer Daten deutlich zu erhöhen und damit vor missbräuchlicher Nutzung zu schützen.

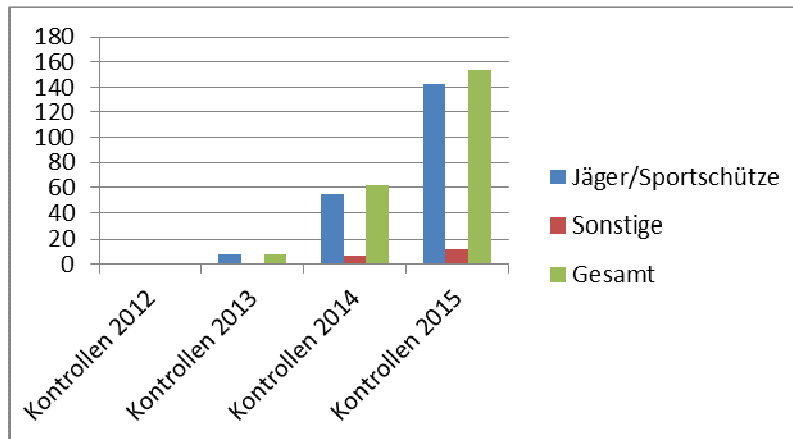
Mit der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels werden Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis (= unbefristete Aufenthaltserlaubnis) als gesondertes Dokument in Kreditkartenformat ausgestellt. Gespeichert werden im Chip des „eAT“ auch die biometrischen Merkmale (Lichtbild und Fingerabdrücke). Er enthält auch die Möglichkeiten einer elektronischen Ausweisfunktion sowie elektronischen Signatur. Diese entsprechen im Aufbau und der Funktionsweise dem neuen deutschen Personalausweis.

Die Einführung des „eAT“ bedeutet sowohl für die Ausländerbehörde als auch für die Ausländer einen deutlich höheren Kosten- und Zeitaufwand.

9.1.5. Waffenrecht

Kontrolle der Waffen und Aufbewahrungsschränke

2015 wurden vom Ordnungsamt der Stadt Wertheim 154 Waffenbesitzer kontrolliert. Hiervon entfallen die Kontrollen auf 142 Jäger und Sportschützen, 12 Waffenbesitzer (Altfälle).



Abgegebene Waffen

2015 wurden beim Kampfmittelbeseitigungsdienst in Stuttgart insgesamt 36 Waffen mit Munition zur Vernichtung gebracht (14 Langwaffen, 22 Kurzwaffen).

Weitere 15 Waffen (10 Kurzwaffen und 5 Langwaffen) wurden beim Ordnungsamt abgegeben, die noch zur Vernichtung anstehen.

Waffenrechtliche Erlaubnisse

2015 gab es in Wertheim im Bereich der Waffenverwaltung insgesamt 325 berechnete Waffenbesitzer. Das Bedürfnis für den Waffenbesitz dieser Personen ergibt sich aus § 8 des Waffengesetzes.

213 Jäger, 110 Sportschützen und 2 Waffensammler erbrachten den erforderlichen Bedürfnisnachweis zum rechtmäßigen Besitz der Waffen.

2015 wurden insgesamt 13 Waffenbesitzkarten neu erteilt; hiervon entfallen 2 Waffenbesitzkarten auf Sportschützen, 11 Waffenbesitzkarten auf Jäger.

85 Waffenkäufe wurden beim Ordnungsamt angezeigt (7 Waffen für Sportschützen, 1 Waffe für Waffensammler, 77 Waffen für Jäger)

Ebenfalls wurde 2015 sieben Anträge zur Erteilung eines Kleinen Waffenscheines erstellt. (Gesamtanzahl 63 Kleine Waffenscheine)

2015 lagen insgesamt 21 sprengstoffrechtliche Erlaubnisse vor, drei sprengstoffrechtliche Erlaubnisse wurden verlängert.

9.2. Messe, Märkte



Als eine einzige große Partymeile präsentierte sich bei sommerlichen Temperaturen das 48. Wertheimer Altstadtfest vom 24. bis 26. Juli 2015 auf den Plätzen und Gassen der Altstadt. Standesgemäß findet es zwischen dem Kirch- und dem Mainparkplatz an der Taubermündung statt. Ein „Comeback“ erlebte in diesem Jahr der Rathausinnenhof, in dem seit langer Zeit wieder ein Weindorf ausgerichtet wurde. Ebenso fantastisch wie das Weindorf, wurde die neu ausgerichtete und sich an neuem Standort befindene Bühne angenommen. Insgesamt strömten an den drei Tagen mehr als 20.000 Besucher in die Main-Tauber-Stadt.

Auf neun verschiedenen Bühnen traten diverse Künstler oder DJ's auf. Insgesamt spielten an den drei Tagen mehr als 25 Bands und Alleinunterhalter mit Live-Musik. Gezielt wurde für jede Altersklasse etwas geboten, so kamen die Musikrichtungen Blasmusik sowie Country-, Party-, Pop- und Rockmusik bis hin zu Techno und House bei den zahlreichen Besuchern stimmungsvoll an.

Auch in diesem Jahr wurde verschiedenen Nachwuchsbands unter anderem am Kirchplatz eine Plattform geboten und ihnen geholfen fester Bestandteil der künftigen Altstadtfeste zu werden. Stattgefunden hat bei der diesjährigen Veranstaltung das Kinderfest auf dem Mainparkplatz. Es zählte wie eh und je zu den renommierten Bestandteilen im Rahmenprogramm. In der Altstadt verteilt standen rd. 80 „Buden“, darunter zahlreiche Getränke- und Speisestände sowie rd. 30 Händler an denen alles angeboten wurde, was das Herz, Gaumen und Magen des Festbesuchers beehrte. Den reibungslosen Ablauf des Festes gewährleisteten wieder knapp 900 Helfer, angefangen von den Standbesetzungen über die Sicherheitsdienste bis hin zu den Hilfs- und Rettungsorganisationen. Zwölf Shuttlebuslinien brachten die Besucher aus den umliegenden Ortschaften und Gemeinden nach Wertheim.

Michaelismesse Wertheim

3.10. – 11.10.



Die 194. Michaelismesse in Wertheim startete bereits am Freitag, 2. Oktober mit dem Abend des Festwirtes in die Festwoche und dauerte bis zum 11. Oktober 2015. Traditionell wurde auf den Tauberwiesen zwischen Rathausbrücke und Main-Tauber-Halle ein Verkaufsmarkt aufgebaut. Für Fahrspaß und Nervenkitzel sorgten die Fahrgeschäfte der „Zöllner Vergnügungsbetriebe“. Einem spätsommerlichen Eröffnungswochenende mit kauffreudigen Besucherscharen folgte eine durchwachsene Woche bei milden Temperaturen, jedoch überwiegend regnerischem Wetter.

Bei der Marktzusammensetzung wurde auf ein ausgewogenes Warensortiment unter Berücksichtigung altbewährter Marktkauflleute und Newcomer ganz besonderen Wert gelegt.

Aus dem umfangreichen Rahmenprogramm, ist das am Eröffnungstag stattgefundene 22. Jugendfußballturnier auf dem Taubersportplatz, ebenso zu erwähnen wie der 26. Seniorennachmittag. Zu diesem, am Messemittwoch veranstalteten Event lädt das Stadtoberhaupt die Mitbürgerinnen und Mitbürger ab dem 70. Lebensjahr ein. Der 15. Wertheimer Messelauf hat sich mittlerweile weit über die Stadtgrenzen hinaus im Terminkalender der Hobbyläufer eingepreßt. Auch im Jahr 2015 war der SV Nassig für die Organisation des Messelaufs mit 750 Teilnehmern verantwortlich und heimste von allen Seiten Lob ein. Auch die Ausstellung des Wertheimer Eisenbahnclubs erfreute sich wieder bei Groß und Klein einer regen Besucherschar. Von den rund 900 aufgelassenen Ballons anlässlich des Kindernachmittags flog der Siegerballon bis ins 190 km entfernte Töpen an der Grenze zur Tschechischen Republik.

Weitere Eckdaten:

| | |
|-----------------------------|--|
| Zöllner's Vergnügungspark | 15 Fahr- und Vergnügungsbetriebe |
| Festhalle/Main-Tauber-Halle | Pächterin: Distelhäuser Brauerei Festwirt: Hans-Peter Küffner |
| Marktkauflleute | 60 Stände auf 552 lfm Frontlänge 12 Imbiss-/Metzgerstände |

Marktstände mit Größen zwischen 3 und 16 lfm sowie einer Standtiefe zwischen 1,5 und 6,0 m waren gebräuchlich, im Ausstellungsbereich die Stände bis zu 18 m Breite und 6 m Tiefe. Die Tendenz geht allgemein zu größerem Platzbedarf, wobei je nach Warenangebot Marktschirme, Pavillons, Verkaufsbuden sowie Fahrzeuge und Anhänger zum Einsatz kommen.

9.3. Feuerwehr

Der Freiwilligen Feuerwehr Wertheim gehören 14 Abteilungen und ein Spielmannszug an. Kommandant der Gesamtwehr ist Stadtbrandmeister Ludwig Lermann, dessen Stellvertreter sind Peter Walentschka (Bettingen) und Stefan Tiederle (Dertingen).

9.3.1. Mitglieder

| | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------|--------------|--------------|--------------|
| Aktive Mitglieder | 505 | 509 | 509 |
| Passive Mitglieder | 238 | 238 | 246 |
| Ehrenmitglieder | 209 | 205 | 193 |
| Altersmannschaft | 164 | 144 | 126 |
| Spielmannszug | 17 | 17 | 16 |
| Jugendfeuerwehr | 168 | 148 | 145 |
| Gesamt | 1.301 | 1.261 | 1.235 |

9.3.2. Übungsstunden

| | 2013 | 2014 | 2015 |
|---|--------------|--------------|--------------|
| Übungsstunden der aktiven Angehörigen | 374 | 369 | 385 |
| Übungs- und Unterrichtsstunden der Jugendfeuerwehr | 716 | 723 | 710 |
| Probestunden des Spielmannszugs | 37 | 36 | 45 |
| Auftritte des Spielmannszugs | 1 | 1 | - |
| Gesamt | 1.128 | 1.129 | 1.140 |

9.3.3. Ausrüstung und Fahrzeuge

Durch die große Gemeindefläche der Stadt Wertheim kann die vorgeschriebene Hilfsfrist bei Einsätzen nicht von einer zentralen Wache aus eingehalten werden. Aus diesem Grund sind die unten genannten zehn Tragkraftspritzenfahrzeuge, ein Löschgruppenfahrzeug und ein Staffellöschfahrzeug auf die Ortswehren verteilt.

Der Wertheimer Feuerwehr stehen an Ausrüstung und Fahrzeugen zur Verfügung:

- **bei Schadenfeuer:**
2 Tanklöschfahrzeuge (TLF 16/25 u. TLF 24/50), 2 Löschgruppenfahrzeuge (LF 16/12 u. LF 8/6), 10 Tragkraftspritzenfahrzeuge (TSF), 1 Staffellöschfahrzeug StLF 10/6, 1 Drehleiter mit Korb (DLAK 23/12), 2 Tragkraftspritzenanhänger (TSA), 1 Schlauchwagen SW 1000, 8 Schlauchanhänger, 13 Hydrantenwagen
- **bei Öl-, Gefahrgut-, Verkehrsunfällen und Technischer Hilfeleistung:**
1 Vorausrüstwagen (VRW), 1 Rüstwagen (RW 2), 1 Gerätewagen Gefahrgut (GW-G 2), 1 Mehrzweckfahrzeug Dekon-P (BUND)
- **bei Einsätzen an und auf Gewässern:**
2 Schlauchboote, 1 Mehrzweckboot (MZB), 1 Hochwasserboot
- **sonstige Fahrzeuge:**
1 Einsatzleitwagen (ELW), 1 Gerätewagen-Transport (GW-T), 1 Mannschaftstransportwagen (MTW), 1 Gabelstapler

9.3.4. Einsätze

| | 2013 | 2014 | 2015 |
|----------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Großbrände | 2 | 1 | 0 |
| Mittelbrände | 3 | 3 | 7 |
| Kleinbrände A | 3 | 5 | 7 |
| Kleinbrände B | 20 | 18 | 13 |
| Technische Hilfeleistungen | 122 | 65 | 87 |
| Tiere/Insekten | 3 | 2 | 7 |
| Fehlalarmierung | 39 | 42 | 48 |
| Sonstige Einsätze | 24 | 10 | 6 |
| Gesamt | 216 | 146 | 175 |

Weitere Infos auch unter www.feuerwehr-wertheim.de

9.4. Recht

Die Abteilung Recht, besetzt mit einem Juristen, hat die Aufgabe, Rechtsangelegenheiten aller städtischen Stellen, Eigenbetriebe und Eigengesellschaften (Beratung, außergerichtliche Vertretung und Prozessführung gemäß dem Produktkatalog des Landes Baden-Württemberg für den Bereich Justitiariat) zu bearbeiten. In dieser Funktion ist auch die Stadtrechtssammlung zu betreuen. Die Stelle ist seit Mai 2010 ins Referat 22 (Öffentliche Ordnung, Recht) eingegliedert. Weiterhin ist der Stelleninhaber Datenschutzbeauftragter. In dieser Funktion berichtet er dem Oberbürgermeister.

9.4.1. Arbeitsschwerpunkte

Tätigkeitsschwerpunkte lagen im Jahre 2015 im Bereich Ordnungswesen und vor allem im Baudezernat, hier besonders beim Hochbau, den Liegenschaften und dem Baurechtsamt, sowie im Bereich des Referats 12, vor allem im Aufgabenfeld Kindertagesstätten.

Im Ordnungsbereich ging es um Waffenrecht, um Gewerbeuntersagung und um den Versuch eines Unternehmens, die Aufstellung von Altkleidersammelcontainern juristisch zu erzwingen. Auch das Feuerwehrwesen bot mehrere Auseinandersetzungen um Feuerwehrkosten und eine Änderung der Feuerwehrgebührensatzung. In die Problematik von Fundtieren und die diesbezügliche Kooperation zwischen Stadt und Tierheim war der Justitiar ebenfalls eingebunden. Bei der Michaelismesse ging es um eine Änderung des Vertrages zum Vergnügungspark. Auch die Mietbedingungen zur Waldhütte wurden überarbeitet und die Modernisierung der Polizeiverordnung in Angriff genommen. Das Flüchtlingsthema fand seinen Niederschlag in der Erstellung eines deutsch-englischen Vertragsformulars und der Überarbeitung eines Formulars zu einer Einweisungsverfügung. Nicht zuletzt waren wieder Strafanträge wegen Sachbeschädigungen zu stellen, u. a. wegen fremdenfeindlicher Graffiti. Desgleichen gab es einen Droheintrag auf städtischem Kontaktformular wegen der Flüchtlingsunterbringung auf dem Reinhardshof und auf Facebook ein Lob für die Brandstiftung in der Turnhalle dort.

Auch das Baudezernat war sehr mit dem Flüchtlingsthema beschäftigt. Ging es zuerst noch um diverse Standorte für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen (2. Stufe der Unterbringung) und ihre baurechtliche Zulässigkeit, so konzentrierte sich das Geschehen bald auf die Erstaufnahmestelle auf dem Reinhardshof (1. Stufe der Unterbringung). Diese ist zwar eine staatliche Liegenschaft, aber das Land versuchte – so der Eindruck – die baurechtliche Verantwortung möglichst der Stadt Wertheim zukommen zu lassen. Auch die zukünftige Anschlussunterbringung von Flüchtlingen (3. Stufe der Unterbringung) warf bereits ihren Schatten voraus in Form eines privaten Bauantrags für eine entsprechende Unterkunft. – Federführend übernahm der Stelleninhaber den Schriftverkehr mit der Versicherung im Falle des Wasserschadens in der Mehrzweckhalle Bettingen. Beim Neubau der Feuerwache war immer wieder juristische Zuarbeit gefragt: Prüfung einer Gewährleistungsbürgschaft, eigenmächtige Verschiebung des Baubeginns eines Gewerks, Verzögerung des Termin für die Schlussrechnung oder gar die Auseinandersetzung mit einem Bieter, der sich verkalkuliert hatte und nicht mehr zu seinem Angebot stehen wollte. Beim Fußgängersteg an der Eisenbahnbrücke Hasloch-Bestenheid war die Verantwortlichkeit für die Kostentragung streitig und historische Schreiben und Protokolle kamen zum Einsatz – mit Erfolg für die Stadt Wertheim. Hinsichtlich des im Jahresbericht 2014 erwähnten Gerichtsverfahrens zur Zulassung eines Wohnhauses im Außenbereich für einen Landwirt konnte eine einvernehmliche Lösung gefunden werden. Der erwähnte Schadensersatzprozess wegen Bauschäden an einer Schule hat auf Nachhaken vom Oberlandesgericht Karlsruhe wenigstens eine Terminierung für 2016 bekommen. Bei der Auseinandersetzung um die Kosten für eine Kanalreparatur – dies betrifft den Eigenbetrieb

Abwasserbeseitigung - steht eine Terminanberaumung des Verwaltungsgerichts Stuttgart hingegen immer noch in den Sternen, trotz Nachhakens der Kläger, deren Vertrauen in den Rechtsstaat das nicht gerade fördern dürfte.

Beim Liegenschaftsamt taucht immer wieder das Problem uralter einsturzgefährdeter Mauern entlang von Straße und Wegen auf, für die niemand verantwortlich sein will. So auch im Berichtsjahr. Ohne Erlaubnis aufgestellte Altkleidercontainer auf städtischen Privatflächen boten Anlass zu mehreren eindringlichen Schreiben des Stelleninhabers. Stein des Anstoßes bot auch die städtische Wohnbauförderung, deren Konditionen Antragsteller nicht so ganz verstanden hatten. Nicht unerheblichen Raum nahm die Bearbeitung des Protests eines Bürgers ein, der durch die Einschränkung der Nutzung des Friedhofs Vockenrot für die Bewohner des Reinhardshofs und des Wartbergs Rechte verletzt sah. Der Gerichtsprozess über das – nach Vorlage des Satzungsmusters der Kommunalverbände gestaltete - Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit in der Friedhofsordnung der Stadt Wertheim ging, wie alle Parallelverfahren bei anderen Gemeinden, verloren. Regelmäßig sind für das Liegenschaftsamt Verträge bzw. einzelne Vertragsklauseln zu prüfen.

Im Referat 12 waren wieder die Kindertagesstätten Grund für umfangreiche rechtliche Prüfungen und Überlegungen. Erneut war der interkommunale Kostenausgleich ein Thema, aber auch die Frage, inwieweit Flüchtlingskinder einen rechtlichen Anspruch auf Aufnahme in der Kita haben. Zu prüfen waren ein Kooperationsvertrag zwischen einer Kita und einer Ergotherapieeinrichtung und eine Vereinbarung über die Aufsichtspflichtverteilung zwischen einer Kita und der Musikschule sowie die Förderungsvereinbarung mit einem Waldkindergarten. Nach einem Einbruch in eine Kita bestand Beratungsbedarf hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen bzw. hinsichtlich der Aufstellung eines allgemeinen Leitfadens für Maßnahmen nach einem Einbruch. Schließlich bereitete die Regelung der Mangelhaftung beim Verkauf an Privat eines Kleinbusses, der für Kitazwecke diente, noch Kopfzerbrechen. In der Tätigkeit für das Referat 12 ging es außerdem um Gestaltungsrichtlinien für Zeitungsbekanntmachungen, die Frage einer Verpflichtung zur Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen im Internet und die Frage der Gebührenfreiheit von Kommunen. Das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium problematisierte die Nutzung seiner Sportstätten bei Sturm.

Die im Vorjahresbericht erwähnte Klage gegen den Zensus läuft noch. Abgeschlossen wurde aber der Vertrag für die neu zu bauenden Schiffsanlegestelle auf Höhe des Hofgartenschlösschens, wengleich noch nicht umgesetzt. Die Tourismus Wertheim GmbH hatte hingegen an ihren Rechtsbeziehungen zu den Gästeführern noch zu arbeiten. Überlegungen zu einer Verwaltungsgemeinschaft fanden ihren Niederschlag in einem Entwurf, den der Justitiar zu prüfen hatte. Auch die Prüfung und Überarbeitung des neuen Hafenbewirtschaftungsvertrages oblag dem Stelleninhaber.

Weiterhin war die Pflege der Stadtrechtssammlung, sowohl in Papierform bei der Rechtsabteilung als auch im Internet, im Berichtszeitraum wieder zu leisten.

Im Bereich des Datenschutzes ging es im Jahr 2015 um die Frage, inwieweit die Präsentation von Wohnverhältnissen in bestimmten Quartieren im Zusammenhang mit städtebaulichen Überlegungen den Datenschutz der dortigen Bewohner verletzen kann, des Weiteren, inwieweit die Beantwortung eines Auskunftersuchens der Polizei durch die Stadt diesbezüglich problematisch ist. Im Zeitalter des Datenschutzes kann auch durch die Schulen keine Meldung katholischer Schüler für die Erstkommunion an die Kirchengemeinde erfolgen, solange es dafür keine Rechtsgrundlage gibt. Eine Anfrage kam auch zu den Verfahrensverzeichnissen an den Schulen, für die der Stelleninhaber aber nicht zuständig ist. Hinsichtlich der beabsichtigten Installation einer Überwachungskamera an der neuen Schiffsanlegestelle hörte der Datenschutzbeauftragte nichts mehr, nachdem er auf die Einzelheiten des erforderlichen Verfahrens hingewiesen hatte.